

Die Zukunft der EU - Institutionelle und Politische Veränderungen

Veranstaltungsform: Vortrag (ca. 30 Teilnehmer)

Partner: Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften (FEPS), Kairo
Universität

Zeit/Ort: 20. Mai 2009

Zielgruppe: Politikwissenschaftler, Studierende

1. Programmübersicht

Mittwoch, 20. Mai 2009

Eröffnung

Dr. Ahmed Ghoneim, Direktor des *Center for European Studies (CEUS)*, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Universität Kairo

Prof. Patricia Bauer, DAAD-Lektorin, Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Kairo Universität

Vortrag

PD Dr. Michael Bauer, Lehrstuhl für Vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz,
„Die Zukunft der Europäischen Union und die Rückkehr der Politik“

Diskussion

2. Zielsetzung

Spätestens mit dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages durch die Plebiszite in Frankreich und den Niederlanden stellt sich die Frage, wie die EU zukünftig aussehen bzw. strukturell verfasst sein soll. Die in Europa geführte Debatte über die Zukunft der EU wird auch in Ägypten, als einer der wichtigsten Handelspartner der EU im südlichen Mittelmeerraum, mit Interesse verfolgt.

Mit Studenten der Universität Kairo sprach **PD Dr. Michael Bauer**, Privatdozent am Lehrstuhl für Vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz, über „Die Zukunft der Europäischen Union und die Rückkehr der Politik“.

3. Ablauf

Dr. Bauer gab zunächst einen historischen Überblick über die Entwicklung der EU und identifizierte als wesentlichen Grund für eine europäische Einigung die Notwendigkeit, den Kriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu entkommen. Als Mittel dazu habe die intensive Zusammenarbeit in kriegswirtschaftlich wichtigen Bereichen gedient, die nationale Alleingänge in Zukunft ausschließen sollte. So seien 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sowie die Europäische Atomgemeinschaft gegründet worden. Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik habe die EWG maßgeblich zum Abbau zwischenstaat-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

20. Mai 2009

www.kas.de

licher Handelsbarrieren beigetragen. Diese wirtschaftliche Integration sei verstärkt worden durch den Zuwachs neuer Mitglieder – im Jahr 1973 durch die „nordische“ Erweiterung um Großbritannien, Irland und Dänemark, 1981 um Griechenland und 1986 um Spanien und Portugal. Mit dem Maastricht-Vertrag 1992 habe die EWG nach Er-



reichen des einheitlichen Binnenmarktes eine vertiefte Zusammenarbeit auch auf anderen Politikfeldern beschlossen, so bei der Harmonisierung des nationalen Rechts und der Justiz sowie in der Außenpolitik. Bis 2004 sei nicht nur eine einheitliche Währung geschaffen worden, auch fast alle Staaten Mittelosteuropas seien aufgenommen worden.

Um die aktuellen Probleme der EU besser zu erklären, betonte Dr. Bauer die unterschiedliche Qualität der EU vor und nach dem Maastricht-Vertrag von 1992: Während die Integrationspolitik zuvor ein Projekt politischer Eliten allein auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gewesen sei, habe die EU nach 1992 in nahezu alle Politikfelder eingegriffen und dies durch das Majoritätsprinzip auch gegen den Willen einzelner Mitglieder. Seit Maastricht sehe sich deshalb die EU in zweifacher Weise herausgefordert: Erstens sei die EU aufgrund ihrer gesteiger-

ten politischen Bedeutung Thema nationaler Politikagenden geworden, die meist einen partikularen Standpunkt vertreten. Darüber sei der Konsens, was das Projekt Europa ausmachen solle, zerbrochen. Zweitens sei die EU mit heute 27 Mitgliedern strukturell überfordert. Der Verfassungsvertrag von 2004 hätte die Strukturen effizienter gestalten sollen, sei aber vom französischen und niederländischen Volk abgelehnt worden. Der Vertrag von Lissabon 2007 habe wesentliche Elemente des Verfassungsvertrages wieder aufgenommen, sei aber ebenfalls noch nicht in Kraft getreten. Die EU nehme also heute einen größeren politischen Raum ein, sehe sich aber mit dem Problem konfrontiert, ihn nur mangelhaft inhaltlich ausfüllen zu können.

Drei Folgen ergeben sich nach Ansicht von Dr. Bauer aus den Problemen der letzten Jahre für die Zukunft der EU:

1. Es werde keine EU-Verfassung geben,
 2. Es werde keine Demokratisierung und weitere Parlamentarisierung der EU geben,
 3. Es werde keine Großprojekte geben, beispielsweise weitere Schritte hin zu mehr Integration oder neue Erweiterungsrounden.
- Zudem brauche es eine ehrliche Diskussion in der Bevölkerung, was die EU leisten könne und was nicht. Die Diskussion dürfe sich nicht in den Schlagwörtern Bürgerferne,



Technokratie und Demokratiedefizit erschöpfen, sondern man solle vielmehr die EU als Plattform für ergebnisoffene politische Entscheidungsfindung verstehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

20. Mai 2009

www.kas.de

Die Studierenden gingen in der anschließenden Diskussion auf die Thesen von Dr. Bauer ein. Auf die Frage nach einer gesteigerten Rolle des Kommissionspräsidenten aufgrund der EU-Erweiterungen gab Dr. Bauer ein differenziertes Bild. Einerseits könne sich der Kommissionspräsident tatsächlich zum mächtigen Vermittler entwickeln, andererseits könne seine Position durch die Uneinigkeit der Mitglieder geschwächt werden. Auch die Frage, ob die EU in Brüssel eine Zentralisierung zu stark för-



dern würde, konnte Dr. Bauer dahingehend beantworten, dass in der Wettbewerbspolitik Reformen hin zu einer verstärkten Subsidiarität unternommen würden. Andererseits sehe er noch Handlungsbedarf in anderen Bereichen auf dem Weg zu mehr Harmonisierung, beispielsweise in der Migrationspolitik.

4. Schlussfolgerung

Der Vortrag behandelte grundlegend die historische Entwicklung der EU bis heute. In Hinblick auf die Zukunft der EU zogen die provokanten Thesen eine angeregte Diskussion nach sich. Fragen zum Demokratiedefizit, zur Erweiterung und zur Zentralisierungspolitik wurden ebenso angesprochen, wie zu der zukünftigen Entwicklung der EU in Hinblick auf Ägypten, beispielsweise in der Migrations-, Energie- und Wettbewerbspolitik sowie in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Vortrag von Dr. Bauer ist der Auftakt einer Vorlesungsreihe zu euro-mediterranen Themen, die von der KAS Ägypten in Zusammenarbeit mit dem MEDA-Programm der Universität Kairo organisiert wird.

Clemens Bockmann